

Eskalation von Gewalt und Missachtung von Menschenrechten in Südwest- und Nordwest-Kamerun

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete, sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

Wir, Teilnehmende beim Afrika-Tag von Basler Mission Deutschland, EJW/CVJM Weltdienst zum Thema «Marshallplan für Afrika!?!», Partnerschaftsverantwortliche in 10 Kirchenbezirken in Süddeutschland und alle ehemalige Mitarbeitende der Basler Mission im englischsprachigen Kamerun, sind über die gegenwärtige Lage in Kamerun äusserst besorgt.

Wir haben als Mitarbeitende der Presbyterian Church in Cameroon (PCC) in Kamerun gearbeitet und arbeiten als Kirchenbezirke und Partnerschaftsgruppen in verschiedenen Partnerschaftsprojekten in der Hoffnung, damit am Aufbau einer offenen, demokratischen Gesellschaft mitzuwirken. Unser Einsatz ist immer auch von den Regierungen der Schweiz und Deutschland mitgetragen und oft auch durch Beiträge aus der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt worden.

Der anfänglich föderale Staat mit gleichberechtigten frankophonen und anglophonen Teilen hat sich mehr und mehr zu einem frankophon dominierten Einheitsstaat entwickelt. Die Menschen im englischsprachigen Westen fühlen sich in jeder Beziehung übergangen: ihre Sprache wird in den Schulen und in den Gerichten ignoriert, die Infrastruktur wurde seit Jahren vernachlässigt, in Regierung und Verwaltung ist der Westen kaum mehr vertreten.

Die Klagen aus der Bevölkerung der Westprovinzen wurden nie gehört. Forderungen der Rechtsanwälte und der Lehrerschaft seit 2016 blieben ohne Antwort. Proteste und Streiks, die breit befolgt wurden, haben die Behörden ignoriert. Ebenso blieben Bitten um einen Dialog von Führern des Widerstandes, von der Bischofskonferenz, von internationalen Organisationen bis hin zum UN-Generalsekretär ohne Antwort. Immer mehr wandelte sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung zur Forderung nach einer Rückkehr zu einem föderalen Staat, nach Sezession, schliesslich nach einem unabhängigen eigenen Staat. Die Proteste blieben lange gewaltlos und friedlich. Die Regierung reagierte mit Tränengas, mit Ausgangssperren, mit Massenverhaftungen, mit Schüssen. Auf die Ausrufung eines unabhängigen «Ambazonias» im Oktober 2017 wurde mit militärischer Gewalt reagiert. 17 Tote waren die Folge. Daraufhin hat sich der Widerstand radikalisiert. Es folgten Überfälle auf Kontrollposten der Armee und als Antwort Strafaktionen gegen ganze Dörfer, Plünderungen, Brandschatzung und Flüchtlingsströme. Präsident Paul Biya hat dem Widerstand in den beiden Westprovinzen den Krieg erklärt und gedroht, «alle Mittel einzusetzen, um diese Verbrecherbande von Terroristen unschädlich zu machen». Über 50'000 Flüchtlinge haben inzwischen jenseits der Grenze in Nigeria Schutz gesucht, ganze Dörfer in der Grenzprovinz Manyu sind entvölkert, fast täglich ist von Toten die Rede. Wir beziehen uns auf persönliche Kontakte, aber auch auf offizielle Stellungnahmen, z.B. der Bischofskonferenz. Die Lage in Kamerun wird ja sicher auch der Bundesregierung bekannt sein.

Wir fürchten, diese unheilvolle Spirale der Gewalt werde sich in einen blutigen Bürgerkrieg fortsetzen. Das darf nicht sein! Afrika braucht nicht ein Blutbad mehr!

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, um eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern und Wege zu einem Dialog der Konfliktparteien zu ermöglichen. Das heisst konkret:

- Der Kameruner Regierung die grosse Besorgnis auszudrücken über die zunehmende Eskalation
- die Einhaltung der Menschenrechte und der verbürgten demokratischen Rechte der anglophonen Bevölkerung zu fordern
- Rechtliches Gehör und Zugang zu einem Rechtsbeistand für alle Verhafteten oder deren Freilassung zu fordern
- tatkräftig den Sonderberichterstatter des UNO Menschenrechtsrates zu unterstützen und sich für die Umsetzung von dessen Empfehlungen einzusetzen
- Mittlerdienste der Bundesregierung für einen Dialog der Kameruner Regierung mit den Vertretern der anglophonen Bevölkerung anzubieten
- Bei der französischen Regierung vorstellig zu werden mit der Bitte, dass auch Frankreich seinen Einfluss auf die Kameruner Regierung nutzt, um die Einhaltung der legitimen Rechte der anglophonen Bevölkerung zu fordern

Stuttgart, den 09. April 2018

Name, Vorname

Ort

Unterschrift